



3000 Bürger sagten NEIN

Seit Jahren wehren sich die Bürger rings um den Frankfurter Flughafen gegen den Bau einer dritten Startbahn. Sie würde 570 Hektar Wald, das sind 3 Millionen Bäume, kosten. Das letzte intakte Waldgebiet im Rhein-Main-Ballungsgebiet würde somit zerstört. Weitere Grundwasserabsenkung und Klimaverschlechterung wären zu erwarten; Lärm und Luftverschmutzung würden zunehmen; ein einzigartiges Erholungsgebiet ginge verloren.

Obwohl die Verfahren vor dem Landesverwaltungsgericht in Kassel noch nicht abgeschlossen sind, verfügte Hessens Wirtschaftsminister Karry den sofortigen Vollzug des Startbahn-Baus. Wenige Stunden später trafen sich bereits die Bürgerinitiativen und die Parteienaktionsgemeinschaft der Stadt Mörfelden-Walldorf, um Abwehrmaßnahmen festzulegen. Die DKP klebte noch am selben Tag Plakate. — Und schon drei Tage nach der Karry-Entscheidung erlebte Mörfelden mit 3 000 Teilnehmern die größte politische Kundgebung seiner Geschichte.

Von allen Kirchtürmen läuteten vorher die Glocken. Auf dem Podium standen die Redner der Kundgebung, der Landrat, der Bürgermeister, die Vertreter der Parteien, der Bürgerinitiativen, der Vorsitzende der Opel-Vertrauensleute und die Vertreter verschiedener Naturschutzverbände.

Das Schlußwort der Massenkundgebung hielt DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler, er verlas u. a. eine Resolution, die in einem beeindruckenden Bild von 3 000 Bürgern durch Handaufheben angenommen wurde. Nach der Kundgebung begleitete ein langer Demonstrationzug die Stadtverordneten ins Bürgerhaus Mörfelden, dort fand eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung zum gleichen Thema vor vielen Zuschauern im großen Saal statt.

Die DKP verteilte während der Kundgebung viele tausende Flugblätter in denen der Standpunkt der DKP ausführlich dargestellt wird. Hier heißt es u. a.:

„Die Ausbauforderer in den Konzern-
etagen interessiert das Umfeld wenig,

sie haben persönlich jederzeit die Möglichkeit, sich in walddreichen Gebieten niederzulassen.

Die Startbahn/West wird politisch von

den drei Bundestagsparteien gefordert — sie tragen dieses Gesellschaftssystem, in dem der Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. An diesen Tat-▷



Nach der Protestveranstaltung zogen Hunderte Kundgebungsteilnehmer zum Bürgerhaus, wo eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung stattfand.

sachen ist nicht zu rütteln. Seit Monaten werden von den Gegnern der Startbahn/West Vorschläge gemacht, die belegen, daß sich auf dieser Seite keine weltfremden Maschinenstürmer und keine „St. Florians“-Aktivisten befinden. Ernsthaftige Bürger machen ernsthaftige Vorschläge, z. B.:

- Luftfahrtgesellschaften, die keine Anbindung an den internationalen Flugverkehr benötigen, werden nicht zusätzlich nach Frankfurt als Basis geholt.
- Zu den Spitzenzeiten wird nur Linien- und Charterverkehr zugelassen. Alle anderen Flugzeuge müssen diese „Stoßzeiten“ meiden.
- Die Manager-Jets der Großkonzerne müssen vom Rhein-Main-Flughafen verschwinden. Entsprechende gesetzliche Regelungen müssen getroffen werden.
- Der Passagier- und Frachtverkehr muß besser verteilt werden. Der Kölner Flughafen z. B. hat eine Jahreskapazität von 30 Millionen Fluggästen, heute werden dort aber nur 2,5 Millionen Passagiere gezählt.

● Bis zu 12 Prozent des Verkehrsaufkommens entstehen durch die US-Basis (363 Hektar groß), also durch militärischen Verkehr. Diese Basis muß von den US-Streitkräften geräumt werden. Das schafft zusätzlich Platz für einen eventuellen Ausbau des Terminals und eine günstigere Nutzung der beiden Bahnen.

Bei allen diesen Vorschlägen winken die FAG und die Landesregierung ab. So ist man überhaupt nicht bereit darüber zu diskutieren, ob man nicht doch den Abzug des Militärflughafens verlangen sollte. Bei den kleinen Fluggesellschaften wird sogar noch ausgebaut. Täglich landen Kleinflugzeuge mit irgendwelchen Direktoren und Bankiers von Münster, Hof, Bayreuth und Saarbrücken. Die Fluggesellschaft „Flight-Ravel-Service“ kommt sogar zweimal täglich (zur Hauptverkehrszeit) von Paderborn mit einer 18-Sitzplätze-Maschine nach Frankfurt.

Der subventionierte Unsinn

Subventioniert wird dieser Unsinn auch noch, jeder Platz mit über 200 Mark, mit Steuergeldern. Ironisch könnte man anmerken: „Weil aus dem stockkonservativen Paderborn die Herren Manager ab und zu das Frankfurter Nachtleben besuchen wollen.“ Zum Schluß heißt es in dem vielbe-

achteten DKP-Flugblatt: „Es ist wahrscheinlich, daß in diesem Jahr eine Entscheidung fällt. Wir, alle Bürger des Kreises Groß-Gerau, sind aufgerufen, dafür einzutreten, daß unsere Heimat bewohnbar bleibt.“

Auf der Kundgebung aufgeschnappt:

Sagten zwei aus Büttelborn: „Wir Büttelborner — sind nicht Börners Büttel!“

*

Einer rief: „Wir wollen keine Pisten — für Karry—eristen!“

*

Und ein Tankwart meinte: „Der Karry will sicher, daß der Flughafen später Karry-Airport heißt“, dann fügte er hinzu, „immerhin der amerikanische Präsident wurde erst ermordet, bevor es zu dem Namen ‚J. F. Kennedy airport‘ kam.“

Stoppt den Flughafen Rettet unseren Wald

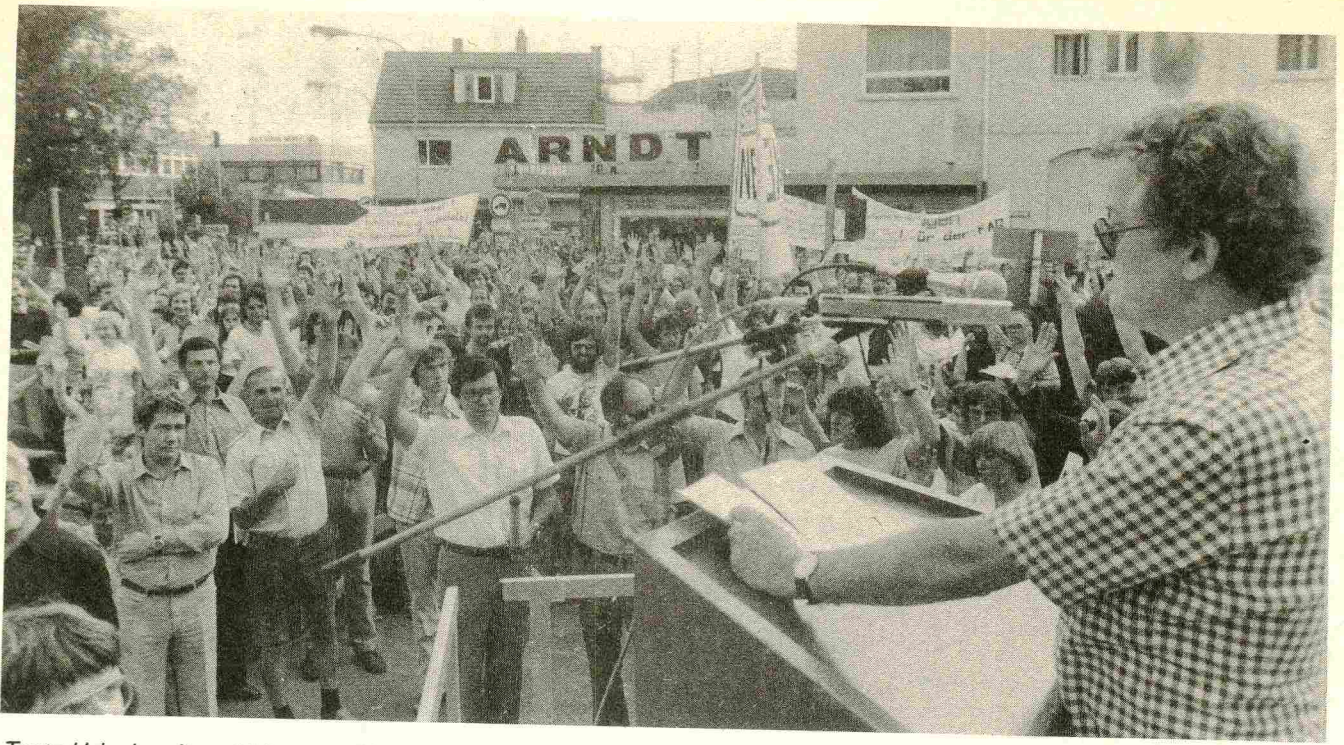


Wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen!

Das Schlußwort der Großkundgebung auf dem Mörfelder Rathausplatz hielt Rudi Hechler, DKP-Vertreter in der Parteienaktionsgemeinschaft. Er sagte u. a.:

„Trotz Urlaubszeit, trotz kürzester Einladungsfrist. — Diese Kundgebung ist ein nicht zu übersehendes Zeichen des Widerstandes. Ich möchte von dieser Stelle aus, allen danken, die den Kampf für den Erhalt unserer Heimat führen. Vor allem den vielen jungen Menschen, die seit Monaten aktiv auftreten und die mit ihrer Waldhütte ein Symbol der Hoffnung aufbauten. Es sollte uns zuversichtlich stimmen, daß in unserem Land vor allem junge Menschen aktiv gegen die Zerstörung der Natur in Gorleben und anderswo auftreten. Wir sagen es heute laut und deutlich: Unser Gorleben ist die Startbahn/West. Im allgemeinen beklagt man, daß die Bürger politisch uninteressiert seien — der Kampf gegen die Startbahn/West hat bisher aber gezeigt, daß es ein großes demokratisches Engagement der Bevölkerung gibt. — Daß trotzdem Partei- und Staatsverdrossenheit zunehmen, haben sich die Herren in Wiesbaden selbst zuzuschreiben. Wir, Gegner des Flughafen-Ausbau,

haben es uns bisher nicht leicht gemacht. Wir haben die Gefahren beschrieben. Wir haben Auswege aufgezeigt. Wir wollten mit den Landtagsparteien ins Gespräch kommen. Der Demokrat Börner hat uns zwar nicht empfangen, weil bei den vier Parteienvertreter aus dieser Stadt ein Mandatsträger der DKP war, aber die anderen haben mit uns gesprochen. Sie haben lächelnd unsere Unterschriften entgegengenommen — doch unsere Meinung war dort bereits vergessen, als wir das Landtagsgebäude verlassen hatten. Heute, wo sich der ganze Zorn der Bevölkerung auf Karry ablädt, sollten wir jedoch auch erkennen, hinter diesem Mann und hinter anderen Politikern stehen mächtige Interessengruppen, — diese Leute in den Vorstandsetagen interessiert doch unseren Wald nur am Rande. Sie haben schließlich das Geld sich jederzeit in waldreichen Gebieten niederzulassen. Wir aber wohnen hier, wir leben hier und unsere Kinder sollen morgen noch hier leben können. So gesehen ist dieses Schlußwort auch kein Schlußwort — Wiesbaden soll wissen: Jetzt wird der Widerstand noch stärker. Wir sagen, wenn die Herrschenden gesprochen haben, werden die Beherrschten sprechen. Wir sollten unsere Oberen an ihre Fehler von gestern erinnern. Als sie aus Gießen und Wetzlar das Gebilde „Lahn“ schufen, kam es bei der nächsten Wahl zu einem politischen Erdbeben. Man konnte den Schaden anschließend gerade noch beheben. ▽



Trotz Urlaubszeit und kürzester Einladungsfrist waren über 3000 Bürger auf dem Rathausplatz in Mörfelden zusammengekommen. Einstimmig wurde eine Protestresolution der Parteienaktionsgemeinschaft verabschiedet. (Unser Bild);



Eine Gruppe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) aus Walldorf und Mörfelden protestiert gegen den Handstreich Karrys.

▽ Der alte Zustand wurde wiederhergestellt. Wer aber soll unseren Wald wiederherstellen, wenn sich dieses ehrgeizige Projekt einiger Regionalpolitiker als Fehler erweist? Wer sich an dem Wald vergreift – vergreift sich auch an den Menschen. Deshalb sagen wir: Niemals! Wir erwarten, daß diese beeindruckenden

de Kundgebung in Wiesbaden registriert wird, denn die eiskalten Techniker der Macht setzen dort noch auf die Vergeßlichkeit der Bürger. Wir wollen heute erklären: Wir vergessen nicht! Die Herren in Wiesbaden und Bonn setzen darauf, daß unser Kampf erlahmt, daß uns die Luft ausgeht. Wir

wollen Ihnen versichern, unser Widerstand wird wachsen. Die Herren in den Vorstandsetagen und in den Ministersesseln setzen darauf, daß wir resignieren, daß wir sagen, die da oben machen doch, was sie wollen. Wir sagen heute mit feierlichem Ernst: Kapitulierte wird nicht!

„Im Ernstfall ist unser Platz vor den Bulldozern“

Nach der Großkundgebung gegen die Startbahn/West fand eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung im Bürgerhaus statt.

Viele Kundgebungsteilnehmer waren auch als Zuhörer bei der Sitzung des Stadtparlamentes. Die DKP-Fraktion erklärte dort u. a.:

„Eigentlich ist zum Thema schon alles gesagt. Wir haben seit Jahren unsere Argumente entwickelt.

In unseren Stadtzeitungen und in diesem Parlament wurde unser Standpunkt erläutert. Wir wollen hierzu heute nichts ausführen. Selbstverständlich sind wir, wie sicher alle Stadtverordneten, beeindruckt von der Kundgebung. Wir erlebten eine kämpferische Stimmung, die uns optimistisch macht.

Und noch etwas ist wert, daß man darüber spricht: das ist die bemerkenswerte Zusammenarbeit von vier politischen Parteien in der Parteienaktionsgemeinschaft. Bei aller Problematik, die dabei sicher auch vorhanden ist, schätzen wir diese Notgemeinschaft hoch ein, sie entspricht der Größe der Bedrohung unserer Heimat. Und vielleicht läßt sich von dieser begrenzten Zusammenarbeit einiges im Interesse unserer Bürger, in die Zukunft retten.

In den Familien, in den Gastwirtschaften, in den Vereinen und Parteien gibt es verständlicherweise in diesen Tagen ein Hauptthema: Karry und die Startbahn/West. Es wird viel diskutiert über unsere Chancen den Anschlag auf unsere Zukunft zu verhindern. Und sehr oft hört man die alte Meinung: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen!“ Wenn man auf die geschilderte Erfahrung der Bürger hört, könnte man manchmal zustimmen. Aber das wäre eine unverantwortliche Resignation.

Die Fäden sind eng geknüpft!

Unserer Meinung nach, muß man für Klarheit und die Verbreitung der Wahrheit sorgen. Muß man nüchtern unsere Kraft und die Kraft des Gegners einschätzen. Wir gehen davon aus, daß der Staat das Herrschaftsinstrument der jeweils herrschenden Klasse ist, deshalb haben wir auch keine Illusionen über das bevorstehende Urteil, deshalb sehen wir in Karry auch nur einen, der Interessen vertritt. Er ist, wie andere Politiker, der Geschäftsträger des „großen Geldes“ in der Landeshauptstadt, die nur wenige Kilometer von der Bankstadt Frankfurt, der eigentlichen Landeshauptstadt, liegt.

Es soll uns doch niemand sagen, Erich Becker hätte bei der Jahrespressekon-

ferenz Mitte Juni nichts von dem bevorstehenden Karry-Handstreich gewußt.

Es soll uns auch keiner kommen und sagen, der Ministerpräsident war überrascht. Das alles ist nur ein Spiel mit verteilten Rollen. Es soll uns auch niemand sagen, in Wiesbaden wäre das bevorstehende Kasseler Urteil nicht schon bekannt.

Wenn Börner im internen Kreis sagen kann „ich habe das Urteil schon in der Tasche“, dann entspricht das dieser Praxis. So funktioniert das eben. Wir, die unmittelbaren Vertreter der „kleinen Leute“, sollten dies ganz kühl einschätzen. Aber was kann man jetzt noch tun?

Wir gehen davon aus, daß man alles daran setzt, Anfang nächsten Jahres abzuholzen. Das übernächste Frühjahr ist zu nahe an der Landtagswahl, im Sommer ist es problematischer einen Wald dieser Größe abzuschlagen. Unsere Fraktion unterstützt deshalb alle juristischen Maßnahmen, die den Bau verzögern könnten. Wir glauben aber nicht, daß uns die Gerichte den Wald erhalten. Bleibt der politische Druck auf die Landtagsabgeordneten. Nach Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, nach Pressegesprächen, Flugblättern und Waldhüttenbau fragt man natürlich nach weiteren Möglichkeiten. Und wir verstehen auch die Mahnung der Bürgerinitiative: „Der Worte sind genug gewechselt“. Unserer Meinung nach gibt es keine Geheimrezepte, die uns den Erfolg bringen. Wir müssen alles, was wir seither machten, verstärkt fortführen.

Über neue Kampfmaßnahmen nachdenken!

Wir müssen natürlich ständig auch über neue Formen des Widerstandes nachdenken. Wenn zunehmend der Rücktritt von Parlamentariern, von Bürgermeistern, vom Landrat gefordert wird, dann müssen wir dies im Auge behalten. Ich verstehe natürlich das Argument von Stadtverordnetenkollegen, die sagen, dann werden Staatskommissare eingesetzt, dann haben wir kein Mandat mehr. Aber, wir halten es bei einer letzten Zuspitzung als ein nicht zu übersehendes Zeichen des Widerstandes. Dasselbe gilt für die Aufforderung zum Wahlboykott und zum Parteiaustritt. Wir können uns jedenfalls auch Landräte und Bürgermeister vorstellen, die parteilos sind, die aber für immer das feste Vertrauen der Bürger haben.

Wir sollten auch noch weiter denken. Bei Zuspitzungen ähnlicher Art in ▶



Alle Fraktionen sprachen im Stadtparlament gegen die Startbahn/West. Unser Bild: Die Stadtverordneten der DKP.

▽ Wyhl standen die Bürger und ihre gewählten Vertreter mit den Bürgerinitiativen vor den Bulldozern. Im Ernstfall ist unser Platz ebenfalls dort. Wir sollten schon jetzt für das Waldhaus volle Solidarität sichern. Wir sind uns darüber im klaren, daß eine außerordentliche Bedrohung außerordentliche Maßnahmen erfordern. Die Mitglieder unserer Partei und unsere Stadtverordneten-Fraktion sind dazu bereit!"

Putsch in Bolivien

„Dem Militär, dem der Ausgang der letzten Wahl nicht gefiel, fällt es schwer, die Bevölkerung ruhig zu halten.“ Mit solche lapidaren, zynischen und verharmlosenden Sätzen wird in Medien unseres Landes (ARD-Tagesthemem vom 21. 7.) der blutige Militärputsch in Bolivien behandelt.

Werden denn in Bolivien Gewerkschafter ermordet, weil einigen Obristen die Nase des Wahlsiegers Siles Zuazo nicht paßte? Oder gefiel der Militärhierarchie, internationalen Zinnkonzernen und den Strategen des Weißen Hauses in Washington eine fortschrittliche Entwicklung nicht, die sich in dem Wahlerfolg der auch von den Kommunisten mitgetragenen Demokratischen Volksaktion widerspiegelte?

Hier kommt man der Wahrheit näher: Den überwiegend auf US-Generalstabsschulen ausgebildeten Putschisten paßt die Demokratie und ihren Herren in Washington die ganze Richtung nicht – der Aufstieg des freien Kuba, der Sieg der Revolution in Nicaragua, der Volkswiderstand in El Salvador...

Noch bevor die Carter-Administration scheinheilig ihren Botschafter aus Bolivien zurückrief, hatte sie deutlich gemacht, daß sie eine demokratische Regierung in La Paz nicht dulden werde. Zwei Tage nach den Wahlen, am 1. Juli, wollten die USA ein Drittel ihrer strategischen Zinnvorräte auf den Weltmarkt werfen, um durch einen Preissturz das vom Zinnexport abhängige Bolivien ins Wirtschaftschaos zu stürzen. Nach dem Putsch wurde nicht verkauft.

Auch der Bonner Protest ist mehr als halbherzig. Da soll lediglich die Zahlung von 46 Millionen DM Kapitalhilfe „überprüft“ und die Militärjunta um Vermeidung weiteren Blutvergießens gebeten werden.

Rudi Hechler

DKP-Stadtverordneter

**Bundestagskandidat
der DKP
für den Wahlkreis
Groß-Gerau**



„Alles Gute kommt von oben“ – das ist wohl mehr ein Spruch, den man Kindern zu Weihnachten erzählen kann. Mit der Wirklichkeit hat er kaum was zu tun.

„Alles Übel kommt von oben“ – damit nähern wir uns der Wahrheit schon eher. Bundesfinanzminister Matthöfer, der Mann der jetzt Opel in Rüsselsheim aufsuchte und dem nichts einfiel wie man dort die Arbeitsplätze sichern könnte, hat einen sogenannten „Nachtragshaushalt“ eingebracht.

Mit dem Nachtragshaushalt wurden folgende Positionen zusammengestrichen:

- 7,3 Millionen weniger für die Krebsforschung
- 7,3 Millionen weniger für den Sport
- 30 Millionen weniger für Umweltschutz
- 20 Millionen weniger für die Säuberung des Rheins und des Bodensees
- 20 Millionen weniger für die Sicherung der Energieversorgung
- 60 Millionen weniger für Sicherung von Arbeitsplätzen in der Werftindustrie
- 20 Millionen weniger für die Schaffung von Ausbildungsplätzen
- 75 Millionen weniger für den Mutterschutz
- 94 Millionen weniger für Knappschaftsrenten.

Ihnen stehen die Haare zu Berge? Mir auch. Richtig erbost habe ich mich aber, als ich hörte, wofür das Geld verbraucht wird. Es wird verpulvert. Im wahrsten Sinne des Worten. Z. B.:

- 140 Millionen mehr für Munition der Bundeswehr
- 175 Millionen mehr für Treibstoff bei der Bundeswehr.

Da werden im Fernsehen oft Schaukämpfe ausgetragen zwischen CDU/CSU und SPD/FDP, da wird so getan, als gebe es große Gegensätze – wo es um Kernfragen geht, um Sozialpolitik oder Rüstung, da sind sich die Bundestagsparteien einig. Zum Schaden der Bürger.

Meiner Ansicht nach ist das eine Folge des blinden Gehorsams gegenüber den USA. Es war nämlich Präsident Carter, der eine Erhöhung der Rüstung um real 3 Prozent von uns verlangt hat.

Deswegen tritt die DKP – die Partei, für die ich kandidiere – strikt für die nationale Unabhängigkeit ein. Sie tritt dafür ein, den gefährlichen Rüstungskurs der USA nicht mitzumachen. Damit Geld für die Sozialpolitik frei wird. Und: Damit der Frieden sicherer wird.

Wie nötig unsere Stadt höhere Finanzzuweisungen benötigt, ist an anderer Stelle dieser Zeitung beschrieben.

Zur Zeit stehen u. a. an:

Verbesserungen der Wasserver- und -entsorgung (hauptsächlich im Stadtteil Walldorf).

Bau neuer Entlastungsstraßen (Westtangente und Querspange).

Bau eines neuen Kindergartens mit Kinderhort im Stadtteil Mörfelden.

Bau eines Altenwohnheims mit Pflegestation im Stadtteil Mörfelden.

Bau einer Sporthalle in Walldorf.

Bau eines neuen Jugendzentrums in Walldorf.

Wenn wir in der Stadtverordnetenversammlung auf die Zusammenhänge zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik hinweisen, werden wir von den anderen Parteien meist ausgelacht.

Ich meine, die Einsicht sollte sich durchsetzen: Nicht nur bei Kommunalwahlen kann man die DKP wählen!

Stadt braucht dringend Geld

Auf unsere Stadt kommen riesige Finanzprobleme zu. Schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Urlaubspause stand die Aufnahme eines größeren Darlehens auf der Tagesordnung. Mit 2,8 Millionen DM mußte sich die Stadt für laufende Ausgaben, in erster Linie für den Kanalverbund zwischen Walldorf und Mörfelden, aber auch für Erneuerungsmaßnahmen des Wasserwerkes verschulden, obwohl erst im März des Jahres ein Kredit in Höhe von 2,3 Millionen DM aufgenommen wurde. Aber schon wird davon gesprochen, daß im Herbst neue Kreditaufnahmen erfolgen sollen. Unsere Stadt muß sich immer mehr verschulden, um notwendige kommunale Einrichtungen finanzieren zu können. Gleichzeitig denkt man daran erneut die kommunalen Gebühren zu erhöhen. Dies lehnt die DKP-Fraktion ab. Die nachfolgende Aufstellung zeigt einmal mehr, wo Steuergelder verpulvert werden. Wir meinen, daß vor allem die Kollegen der SPD-Fraktion diese Zahlen aufmerksam lesen sollten. Auch hier sollte die Einsicht wachsen: „Große“ und „kleine“ Politik gehören zusammen. Wenn „oben“ unsere Steuergelder falsch ausgegeben werden, dann fehlen sie „unten“ um die Daseinsfürsorge in den Kommunen zu finanzieren. Künftig muß mehr als seither von der Tribüne unseres Stadtparlamentes dieser Zustand kritisiert werden.

Wo ist das Geld zu holen?

„Bei der Rüstung, den Schiebern und den Monopolen!“ lautet eine volkstümliche Antwort. Sie ist inzwischen auch in unserem Stadtparlament bekannt. Von der linken Seite des Hauses vorgetragen, führt sie bei den übrigen zwei Fraktionen meistens zu Gesichtern, wie sie in der Regel nur vor oder nach Besuchen von Zahnärzten üblich sind. Vor allem die CDU, aber auch 1. Stadtrat Wilhelm Jourdan, stehen unseren Forderungen verständnislos gegenüber.

Einige Fakten und Zahlen, die vorliegen, stützen die volkstümliche Aussage. Die Gesamtausgaben für die Rüstung (ohne anteilige Tilgung der Bundesschuld und ohne Ausgaben für Westberlin) betragen im Bundeshaushalt 53,028 Milliarden DM. Würde man sie gemäß einem UNO-Vorschlag um 10 Prozent kürzen, dann würde ein Betrag von 5,303 Milliarden DM frei, der für soziale Aufgaben und die Unterstützung der Gemeinden verwandt werden könnte.

Es ist weiterhin nicht einzusehen, daß die Länder und Gemeinden allein im Jahre 1979 rund 1,578 Milliarden DM für die Rüstung aufwenden mußten und daß für die Schnüffelpraktiken der nach innen gerichteten Geheimdienste 1979 knapp 800 Millionen DM ausgegeben wurden.

Auch die Zuwendungen an die „Frontstadt“ Westberlin könnten Schritt für Schritt gekürzt werden, wenn sich eine realistische, auf den Abbau von Spannungen gerichtete Politik durchsetzte, die diese Stadt wieder aus eigener Kraft lebensfähig machen würde. Das gilt allemal für die mehr als 5 Milliarden Subventionen, die Unternehmen dafür bekommen, daß sie in Westberlin produzieren.

Millionen für Ölmultis

Daß aus dem Bundeshaushalt schätzungsweise Zuwendungen in Höhe von

329 Millionen DM an die internationalen Mineralölkonzerne und ihre Tochtergesellschaften gezahlt werden, ist angesichts der brutalen Preispolitik und Gewinnpolitik dieser Multis eine Ungeheuerlichkeit.

Würde das Bonner Atomprogramm

gestoppt, dann könnten aus dem Topf von gut 3 Milliarden DM bei Bund und Ländern ebenfalls beträchtliche Mittel frei werden, die nützlich verwandt werden könnten.

In der folgenden Zusammenstellung sind die entsprechenden Daten aufgeführt.

Ausgaben und Kürzungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten im Jahre 1979

	Millionen DM	Mögliche Kürzung in %	Freiwerdender Betrag bei Kürzung in Millionen DM
Ausgaben für Rüstung und Militär (ohne anteilige Schuldentilgung) – Bund	53.028	10	5.303
Rüstungsausgaben von Ländern und Gemeinden	1.578	100	1.578
Ausgaben für nach innen gerichtete Geheimdienste von Bund und Ländern	789	50	395
Steuerausfälle durch Subventionsprogramm für Westberliner Unternehmen	5.408	20	1.082
„Leistungen des Bundes für Westberlin“ (ohne Kostenerstattung an die Regierung der DDR für den Transitverkehr nach Westberlin)	9.278	10	928
Subventionen des Bundes an die internationalen Mineralölkonzerne	329	100	329
Aufwendungen für das Bonner Atomprogramm (ohne anteilige Schuldentilgung)	2.699	30	810
Aufwendungen der Bundesländer für das Bonner Atomprogramm	341	100	341
Zusammen	73.450		10.766

Wenn man davon ausgeht, daß dieser Betrag von knapp 10,8 Milliarden DM bis 1980 nur um rund 5 Prozent gestiegen ist, dann ergibt sich für 1980 eine Summe in Höhe von 11,304 Milliarden Mark, die alternativen und nützlichen Verwendungsbereichen – u. a. den Gemeinden der Bundesrepublik – zugeführt werden könnten.

Wenn man davon ausgeht, daß nur der halbe Betrag dieser Summe den verschuldeten Gemeinden zugewiesen würde, dann ergibt sich pro Einwohner der Bundesrepublik einen „Kopf“-Betrag in Höhe von 92,09 DM. Die andere Hälfte der Summe könnte für die vielen, dringend zu lösenden Aufgaben eingesetzt werden, für die nach der Verfassung der Bundesrepublik die Länder und der Bund zuständig sind. Auf viele Gebührenerhöhungen hätte man verzichten können.

In unserer Zusammenstellung sind freilich viele – zum Teil recht ergiebige – Finanzquellen noch nicht berücksichtigt. Sie sollen hier zumindest noch genannt werden. Es handelt sich um

- **legale Steuerzurückhaltung** bei der Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer; die Fehlbeträge entstehen dadurch, daß die Steuerpflichtigen voraussehbare Einschränkungen ihrer Einkommen und Erträge sofort beim Finanzamt reklamieren und eine Herabsetzung ihrer Vorauszahlungen beantragen, was sie im umgekehrten Fall – wenn die Erträge und Einkommen über den Vorauszahlungen liegen – naturgemäß unterlassen. Lediglich die Lohnsteuerpflichtigen werden sofort zur Kasse gebeten.

- **Ungerechtfertigte Steuervorteile**, die Normalverdiener in der Regel überhaupt nicht in voller Höhe nutzen können, etwa im Zusammenhang mit dem § 7b des Einkommenssteuergesetzes, wonach zum Beispiel ein Spekulant der ein Wohnhaus kauft, im Jahr des Kaufes 200 000 DM von seinem Einkommen absetzen kann, selbst wenn das Haus im Jahr darauf abgerissen wird. Sinngemäßes gilt auch für alle Abschreibungsgesellschaften, für Bauherrenmodelle usw. Sie verteilen Steuermittel, die die „Normalverbraucher“ erwirtschaftet haben, in die Taschen der ohnehin schon Reichen um.

- **Die legale Steuerflucht** durch die Nutzung von Transfervorteilen in andere Länder.

- **Subventionen an große Unternehmen**, soweit es sich um Unternehmen handelt, die nicht in Westberlin ansässig insd.

- Der Teil der Mittel, die in das Faß ohne Boden der **EG-Agrarpolitik** fließen und weder den Erzeugern noch den Verbrauchern Vorteile bringen.

- **Wirtschaftskriminalität**, soweit sie zu einer Verringerung der Staatseinnahmen oder dazu führt, daß Schäden entstehen, für die die Steuerzahler aufkommen müssen.

Aber selbst diese lange Liste erschöpft noch nicht die möglichen Quellen einer demokratischen Steuerpolitik und einer Politik, die allein am Wohl der Bürger ausgerichtet ist. Zu berücksichtigen sind zusätzlich „Sonderereignisse“, die für das herrschende System zwar normal sind, aber entweder durch ihren Umfang, oder durch das Ausmaß der Bevorteilung der herrschenden Oberschicht auf sich aufmerksam machen. Zu erinnern ist etwa an das Steuergeschenk in Höhe von 1,8 Milliarden DM, das den Flick-Erben für den Verkauf ihrer Daimler-Benz-Aktien gemacht wurde. Oder an den faktischen 3-Milliarden-Konkurs der Hessischen Landesbank (HELABA) wegen unverantwortlicher Bau- und Boden-Spekulationsgeschäfte, der aus dem Haushalt des Landes Hessen „ausgebügelt“ wurde.

Im Zusammenhang mit dieser Zusammenstellung und den genannten

zusätzlichen Finanzierungsquellen für sinnvolle und nützliche Ausgaben des Bundes, zeichnen sich die Konturen einer Politik ab, die eine Alternative zum Hochrüstungskurs der NATO und der übereilten und verantwortungslosen Atompolitik der Bundesregierung darstellt.

Für eine solche alternative Politik sollten sich auch die Sozialdemokraten unserer Stadt engagieren. Die Zeit ist reif.

Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion



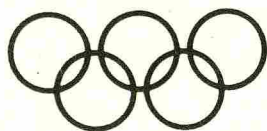
„Immer im Rennen“, die Stadtverordneten der DKP Mörfelden-Walldorf. Von links: Heinz Hechler, Rudolf Dötsch, Rudi Hechler. Aufgenommen bei der Einweihung des Trimpfadens in Walldorf.

Vorankündigung

Grillfest '80 der DKP

Das diesjährige Grillfest der DKP findet am 13. September auf dem Mörfelder Grillplatz statt.

Wie immer gibt es Spaß und Grillspezialitäten. Auch in diesem Jahr steigt die „Rote Schlichtermeile“, gibt es ein großes Kinderfest und wie immer eine Tombola. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen. Termin vormerken!



OLYMPIA LEBT

Mit einer überwältigenden Flut an neuen Weltbestleistungen gingen in der sowjetischen Hauptstadt Moskau, in Tallinn, Leningrad und Kiew die XXII. Olympischen Spiele zu Ende. Die Sportler aus über 80 Ländern der Welt gaben damit jenen eine mehr als deutliche Antwort, die sich krampfhaft verrenken, um den „sportlichen Unwert“ der Olympiade nachzuweisen. Nicht zuletzt waren es diese Leistungen, die Löcher in die Boykottfront der Medien rissen und die Empörung der Bevölkerung über die Micky-Maus-Alternative auf den Bildschirmen vergrößerte.

Immer wieder stellte sich heraus, daß in den meisten Disziplinen Weltrekorde heute aufgestellt werden müssen, will ein Sportler auf die Siegertreppe steigen, olympisches Metall gewinnen. Olympioniken, Gäste und vor allen Dingen die Moskauer und Olympiabesucher aus den Republiken der Sowjetunion erlebten in Moskau nicht allein erstklassigen Sport, Sport in Anlagen und unter Bedingungen, die in vieler Hinsicht einmalig sind in der Welt und in der Geschichte Olympias, sie erlebten vielfältige Begegnungen zwischen jungen Menschen aus aller Welt und nicht zuletzt eine Olympiade der Kultur und schönen Künste.

Besucher aus der Bundesrepublik haben sich beeindruckt über die Olympia-Vielfalt, über Sport und Kultur in Moskau geäußert. Die Bürger aus unserer Stadt, die in Moskau Gast waren können dies bestätigen.



Mörfelden gestern

Ein typisches Mörfelder Fachwerkhaus – Schafgasse 30 – wie es fast in jedem Gäßchen der Mörfelder Altstadt vor noch nicht allzulanger Zeit anzutreffen war. Eine 87jährige „blickpunkt“-Leserin erzählte uns, daß sie als Kind in diesem Haus, öfter für 25 Pfennig das Stück, Reiserbesen gekauft hatte. Diese Häuser wurden etwa Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts errichtet. Oft waren die Häuser nicht einmal unterkellert, oder der Keller befand sich nur unter einem Raum und war nur durch eine Falltür, von der Küche aus, zugänglich. In nicht wenigen Kellern stand das ganze Jahr über der Boden unter Wasser. Trotz der wenigen und kleinen Räume wohnten oft kinderreiche Familien darin.

Die wenigen Häuser dieser Art die heute noch stehen, sind fast alle modernisiert, mit größeren Fenstern und Außenputz versehen. Sie wurden isoliert und unterkellert.

Auf unserem Bild, es wurde im Juli 1921 aufgenommen, sieht man noch die Petroleumlaterne, denn Mörfelden wurde erst vor und nach dem Ersten Weltkrieg elektrifiziert. Vorher kam der „Laternanzünder“ mit der Leiter, abends zum Anzünden und morgens zum Löschen.